

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 23 | 09.06.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 53/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Geschäftsordnungsgesetz** 1975 geändert wird (erforderliche verfahrensrechtliche Regelungen; Verhältnismäßigkeitsprüfung im Ausschussverfahren)

### [BGBl I 54/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Geschäftsordnungsgesetz** 1975 geändert wird (zukünftige Verankerung von Regelungen zum Klubregister im Klubfinanzierungsgesetz)

### [BGBl II 158/2023](#) ([Anlage 3a](#); [Anlage 3b](#))

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Fonds-Melde-Verordnung** 2015 geändert wird

### [BGBl II 159/2023](#) ([Anlage 1](#))

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend die **Absonderung Kranker**, Krankheitsverdächtiger und Ansteckungsverdächtiger und Bezeichnung von Häusern und Wohnungen, die Verordnung betreffend **anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten** 2020, die Verordnung betreffend die **Anzeige von übertragbaren Krankheiten**, die Verordnung über die Beförderung von Personen, die mit übertragbaren Krankheiten behaftet oder solcher Krankheiten verdächtig sind sowie die Verordnung betreffend elektronische Labormeldungen in das Register anzeigepflichtiger Krankheiten geändert und die Verordnung betreffend die Betriebsbeschränkung oder Schließung gewerblicher Unternehmungen bei Auftreten von Infektionen mit SARS-CoV-2 („2019 neuartiges Coronavirus“), die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, die Verordnung betreffend medizinische Überprüfungen bei der Einreise im Zusammenhang mit dem „2019 neuartigen Coronavirus“ sowie die COVID-19-Verkehrsbeschränkungsverordnung aufgehoben werden

### [BGBl II 160/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Prüfungsordnung AHS**, die **Prüfungsordnung AHS-B**, die **Prüfungsordnung BMHS** und die **Prüfungsordnung Kollegs und Sonderformen für Berufstätige an BMHS** geändert werden

#### [BGBl II 161/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Festlegung der Vergütung der Mitglieder des Gründungskonvents des Institute of Digital Sciences Austria (**Gründungskonvent-Vergütungsverordnung** – GKVVVO)

#### [BGBl II 162/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die **Entwicklung und den Betrieb eines elektronischen Wahladministrationsystems für die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftswahlen** durch die Bundesrechenzentrum GmbH geändert wird

#### [BGBl II 163/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit der die Verordnung über die **Lehrpläne der Volksschule und der Sonderschulen** geändert wird

#### [BGBl II 164/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zu **§ 91 Z 2 Gemeinsamer Meldestand-G** über die **Liste der teilnehmenden Staaten**

#### [BGBl II 165/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **Grundausbildung für die Bediensteten des Ressortbereichs** (GA VO-BMK 2022)

#### [BGBl II 166/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Externistenprüfungsverordnung** geändert wird

#### [BGBl II 167/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die **Anwendung** von in Österreich nicht zugelassenen **Tierimpfstoffen** gegen anzeigepflichtige Tierseuchen oder veterinärrechtlichen Regelungen unterliegende Tierkrankheiten (Tierimpfstoff-Anwendungsverordnung 2023)

#### [BGBl II 168/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die **Saisonkontingentverordnung** 2023 geändert wird

#### [BGBl II 169/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die modulare **Grundausbildung** für die Bediensteten der Zentralstelle des **Bundesministeriums für Justiz**, der Datenschutzbehörde, des Bundesverwaltungsgerichts und des höheren Diensts bei den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften (Grundausbildungsverordnung-BMJ)

#### [BGBl II 170/2023](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Justiz gem **§ 16 Abs 6** des **Mietrechtsgesetzes**

#### [BGBl II 171/2023](#)

Entschließung des Bundespräsidenten über die **Grundausbildung** für die **Bediensteten der Präsidentschaftskanzlei**

## [BGBl II 172/2023](#)

Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Übertragung von Aufgaben gem § 7 Abs 2 des **Bundeshausaltsgesetzes** 2013

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 144 v 05.06.2023, 1](#)

Verordnung (EU) 2023/1077 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über **vorübergehende Maßnahmen** zur **Liberalisierung des Handels** in Ergänzung der Handelszugeständnisse für **ukrainische Waren** im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits

### [ABI L 146 v 06.06.2023, 15](#)

Verordnung (EU) 2023/1092 der **Europäischen Zentralbank** vom 25. Mai 2023 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 2157/1999 über das Recht der Europäischen Zentralbank, **Sanktionen zu verhängen** (EZB/1999/4) (EZB/2023/13)

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 06.03.2023, [G 237/2022 ua](#)

**ÄrzteG**; Aufhebung einer Bestimmung des ÄrzteG betreffend die **Zusammensetzung der Disziplinarkommission** auf Grund der Bestellung des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter (auf Vorschlag des Vorstands der Österreichischen Ärztekammer) durch den Bundesminister; Zulässigkeit der Vollziehung des ärztlichen Disziplinarrechts durch berufsständige Organe im eigenen Wirkungsbereich der Österreichischen Ärztekammer; **hinreichende Bestimmtheit** der Regelungen über Disziplinarkommission, Disziplinarrat und Disziplinaranwalt sowie des Verfahrens vor dem Disziplinarrat

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

#### 26.04.2023, [Ra 2022/05/0168](#)

**Wr BauO**; Frage, ob die **Zustimmung** eines oder mehrerer **Miteigentümer** zum Bauvorhaben des Bauwerbers vereinbarungswidrig nicht erteilt wurde, ist von **ZivilG** zu entscheiden und stellt im Baubewilligungsverfahren keine Vorfrage dar; es ist nicht Aufgabe der Baubehörde, selbständig zu beurteilen, ob der Miteigentümer verpflichtet ist, bauliche Maßnahmen zu dulden oder nicht; das Gesetz sieht vielmehr als Tatbestandsvoraussetzung für die Erteilung der Baubewilligung das tatsächliche Vorliegen der Zustimmung vor, welche – soweit ein Zustimmungserfordernis zu bejahen ist – nur durch eine rechtskräftige Entscheidung eines Zivilgerichts ersetzt werden kann; wie ein bestimmtes Verhalten eines Zustimmungsberechtigten zu deuten ist oder ob eine Zustimmung rechtswidrig widerrufen wurde, hat nicht die Baubehörde, sondern das (Zivil-)Gericht zu entscheiden

#### 27.04.2023, [Ra 2022/21/0130](#)

**AsylG**; nach st Rsp des VwGH ist bei der **Gefährdungsprognose** das Gesamtverhalten des Fremden in Betracht zu ziehen und aufgrund konkreter Feststellungen eine Beurteilung dahin vorzunehmen, ob und im Hinblick auf welche Umstände die anzuwendende Gefährdungsannahme gerechtfertigt ist; dabei ist nicht auf die bloße Tatsache einer **Verurteilung** bzw Bestrafung des Fremden, sondern auf die Art und Schwere der zu Grunde liegenden Straftaten und auf das sich daraus ergebende Persönlichkeitsbild abzustellen; das BVwG hat aber gerade die konkreten Umstände der den Verurteilungen des Rw zugrunde liegenden Taten nicht ausreichend festgestellt und folglich auch nicht hinreichend in seine Erwägungen zur Gefährdungsprognose einbezogen

03.05.2023, [Ra 2020/06/0198](#)

**Tir BauO**; gem § 57 Abs 1 lit j Z 2 Tir BauO ist Benützung einer baulichen Anlage trotz Nichtvorliegens der Voraussetzungen nach § 37 Abs 2 leg cit **strafbar**; die Benützung einer solchen baulichen Anlage, ohne dass eine vollständig belegte **Bauvollendungsanzeige** erstattet wurde, ist daher bereits aus diesem Grund unzulässig; diesfalls liegt eine der für die zulässige Benützung einer baulichen Anlage aufgestellten Voraussetzungen nach § 37 Abs 2 leg cit, nämlich die Erstattung einer vollständig belegten Bauvollendungsanzeige, nicht vor, sodass bei dennoch erfolgender Benützung einer solchen Anlage das Tatbild des § 57 Abs 1 lit j Z 2 leg cit bereits erfüllt ist und sich eine Prüfung der Frage, ob die weiteren Voraussetzungen des § 37 Abs 2 lit a bis c bzw d leg cit erfüllt sind oder nicht, erübrigt

04.05.2023, [Ra 2021/06/0044](#)

**Tir BauO**; bei Grundstücken, für die nach **raumordnungsrechtlichen Vorschriften** ein **Bebauungsplan** zu erlassen ist, ist im Anwendungsbereich der Tir BauO bei Nichtvorliegen eines Bebauungsplans die **Grundteilungsbewilligung** nach § 16 Abs 1 leg cit. zu versagen, weil eine der vom Gesetzgeber dort genannten Genehmigungsvoraussetzungen fehlt

09.05.2023, [Ra 2023/02/0042](#)

**VStG**; nach der Rsp des VwGH kommt es für die Qualifikation einer behördlichen Handlung als **taugliche Verfolgungshandlung** im Sinne des § 32 Abs 2 VStG nur darauf an, dass der behördliche Wille innerhalb der **Verjährungsfrist** nach außen in Erscheinung tritt, und nicht darauf, dass (auch) eine ordnungsgemäße Zustellung der behördlichen Erledigung innerhalb der Verjährungsfrist stattfindet

09.05.2023, [Ra 2020/04/0088](#)

**Oö AuskunftspflichtG**; nach § 3 Abs 1 Oö AuskunftspflichtG ist **Auskunft** nicht zu erteilen, wenn der Erteilung einer Auskunft eine **gesetzliche Verschwiegenheitspflicht** entgegensteht; laut dem vom VwG festgestellten Sachverhalt beantragte der Rw keine genauere Aufschlüsselung, die geeignet wäre die Kalkulation der Preisvereinbarungen sowie die Art und den Umfang der erbrachten Leistungen offenzulegen; folglich stellt die vom Rw begehrte Auskunft auch keinen Eingriff in das **Geschäftsgeheimnis** des Medieninhabers dar; inwiefern es dem Rw möglich sein sollte, auf Grund der Angabe eines bloßen Jahresaufwands „den essentiellen Inhalt der privatrechtlichen Vereinbarung“ zu eruieren, wird vom VwG weder begründet noch ist dies ersichtlich

12.05.2023, [Ra 2021/06/0055](#)

**Ktn BauO**; die Verordnung von Baulinien in einem **Bebauungsplan** stellt eine abstandsrelevante Festlegung im Sinn des § 4 Abs 2 Ktn Bauvorschriften dar, was wiederum zur Folge hat, dass Abs 1 letzter Satz dieser Bestimmung und die §§ 5 bis 10 leg cit nicht anzuwenden sind; Regelungen des Bebauungsplans, die den Anbau an die Grundstücksgrenze oder die Zulässigkeit des Zusammenbauens normieren, stellen **Abstandsregelungen** im Sinn des § 4 Abs 2 leg cit dar; § 4 Abs 2 leg cit enthält kein „Verschlechterungsverbot“; der Ordnungsgeber ist ermächtigt, gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen sowohl für den Bauwerber als auch für den Nachbarn günstigere, aber auch ungünstigere Bedingungen festzulegen

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 17.05.2023, [W137 2240012-1](#)

**DSG**; **DSGVO**; gem § 1 Abs 1 DSG hat jedermann Anspruch auf Geheimhaltung der ihn betreffenden **personenbezogenen Daten**, soweit ein schutzwürdiges Geheimhaltungsinteresse daran besteht; der sachliche Anwendungsbereich der DSGVO ist gem Art 2 Abs 1 DSGVO eröffnet, wenn Daten ganz oder teilweise automatisiert verarbeitet werden; die mitbeteiligte Partei übermittelte Informationen elektronisch (automatisiert) an die WKStA, die sich auf den Bf beziehen; eine **Verarbeitung** personenbezogener Daten ist nur zulässig, wenn diese für festgelegte, eindeutige und legitime Ziele erhoben werden und rechtmäßig ermittelt und weiterverarbeitet worden sind; da der **Zweck der Datenverwendung** nicht festgestellt werden konnte, und offen bleibt, wie die mitbeteiligte Partei an diese Informationen gelangt ist, war die Verwendung und Übergabe rechtswidrig

LVwG Bgld 11.05.2023, [E\\_006/10/2023.002/002](#)

**VStG; AVG; WasserrechtsG**; eine verfassungskonforme Auslegung gebietet, eine **Hemmung der Strafbarkeitsverjährung** im **Verwaltungsstrafverfahren** nur bei einer förmlichen Aussetzung durch **verfahrensrechtlichen Bescheid** anzunehmen, da nur eine solche Entscheidung vom Beschuldigten auch bekämpft werden kann, womit er bei unrichtiger Annahme der Zulässigkeit der Aussetzung eine **angemessene Verfahrensdauer iSd Art 6 EMRK** durchsetzen kann

LVwG OÖ 26.04.2023, [LVwG-153212](#)

**Oö BauO**; die eingewandten Immissionen, die vom **Mistlager des landwirtschaftlichen Betriebs** des Bf auf das Bauvorhaben einwirken, wobei diese Düngerstätte nicht konsensgemäß errichtet wurde, sind nicht aufgrund eines rechtskräftigen Bescheids zulässig und stellen damit **keine beachtlichen Immissionen** iSd § 31 Abs 5 Oö BauO dar

LVwG Vbg 17.05.2023, [LVwG-340-10/2022-R18](#)

**Vbg SozialhilfeleistungsVO**; eine **Firmenpension** nach der beruflichen Vorsorge des Schweizer Rentensystems (2. Säule) ist als **Rente** „nach gesetzlichen Vorschriften“ iSd § 15 Abs 1 lit c Vbg SozialhilfeleistungsVO zu qualifizieren

LVwG Vbg 17.05.2023, [LVwG-434-1/2022-R6](#)

**UmweltinformationsG**; Informationen in einem Verwaltungsakt iZm der **Erlassung einer Fußgängerzone** sind als **Umweltinformationen** iSd § 2 UmweltinformationsG anzusehen; auch wenn diese Informationen nicht konkret den Zustand der Umwelt und die Auswirkungen auf Umweltbestandteile beschreiben, so ist dennoch davon auszugehen, dass diese Informationen Maßnahmen betreffen, die sich auf die in § 2 leg cit angeführten Umweltbestandteile wahrscheinlich auswirken, da es insb durch die zwangsläufige Verlagerung des motorischen Verkehrs in gewissen Bereichen außerhalb der Fußgängerzone zu einer Veränderung der Immissionssituation aufgrund der Erhöhung der Fahrzeugfrequenzen und damit verbunden zu zusätzlichen Emissionen kommen wird

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[06.06.2023, Rs C-700/21, O G \(Mandat d'arrêt européen à l'encontre d'un ressortissant d'un État tiers\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Europäischer Haftbefehl – **Rahmenbeschluss** 2002/584/JI – Gründe, aus denen die Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls abgelehnt werden kann – Art 4 Nr 6 – Ziel der Resozialisierung – Drittstaatsangehörige, die sich im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsmitgliedstaats aufhalten oder dort ihren Wohnsitz haben – **Gleichbehandlung** – Art 20 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[08.06.2023, Rs C-468/20, Fastweb ua \(Périodicités de facturation\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinien 2002/19/EG, 2002/20/EG, 2002/21/EG und 2002/22/EG – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Art 56 AEUV – Freier Dienstleistungsverkehr – Nationale Regelung, mit der der nationalen Regulierungsbehörde die Befugnis verliehen wird, Telefondienstbetreibern einen **Mindestzeitrahmen für die Angebotsverlängerung** und einen Mindestzeitrahmen für die Abrechnung vorzuschreiben – Verbraucherschutz – Grundsatz der **Verhältnismäßigkeit** – Grundsatz der Gleichbehandlung

[08.06.2023, Rs C-50/21, Prestige and Limousine](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – Art 107 Abs 1 AEUV – Dienstleistung der Vermietung von Personenkraftwagen mit Fahrer (**Funkmietwagen**) – **Genehmigungsregelung**, die voraussetzt, dass zusätzlich zu einer Genehmigung, die die Erbringung von örtlichen und überörtlichen Beförderungsdiensten im gesamten Inland gestattet, eine zweite Betriebslizenz erteilt wird, um städtische Beförderungsdienste in einem Stadtgebiet erbringen zu können – **Begrenzung der Anzahl der Lizenzen** für Funkmietwagentaxi auf ein Dreißigstel der Anzahl der Lizenzen für Taxidienste

#### [08.06.2023, Rs C-407/21, UFC - Que choisir und CLCV](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Pauschalreisen** und **verbundene Reiseleistungen** – Richtlinie (EU) 2015/2302 – Art 12 Abs 2 bis 4 – **Rücktritt** von einem Pauschalreisevertrag – Unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände – Covid-19-**Pandemie** – Erstattung der vom Reisenden für die Pauschalreise getätigten Zahlungen – Erstattung in Geld oder Erstattung durch eine gleichwertige Ersatzleistung in Form eines Guthabens („Gutschein“) – Verpflichtung, dem Reisenden die getätigten Zahlungen innerhalb von spätestens 14 Tagen nach Beendigung des Pauschalreisevertrags zu erstatten – Vorübergehende Befreiung von der Verpflichtung zur Erstattung – Anpassung der Wirkungen einer nach nationalem Recht ergehenden Entscheidung, mit der eine nationale Regelung, die gegen die Verpflichtung zur Erstattung verstößt, für nichtig erklärt wird, in zeitlicher Hinsicht

#### [08.06.2023, Rs C-455/21, Lyonesse Europe](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – Art 2 Buchst b – Begriff ‚Verbraucher‘ – Vertrag über die Aufnahme in ein Treuesystem, durch das beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen bei Drittanbietern bestimmte finanzielle Vorteile erlangt werden können

#### [08.06.2023, Rs C-540/21, Kommission/ Slowakei \(Droit de résiliation sans frais\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Pauschalreisen** und **verbundene Reiseleistungen** – Richtlinie (EU) 2015/2302 – Art 12 Abs 2 bis 4 – **Beendigung** eines Pauschalreisevertrags – Unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände – Covid-19-Pandemie – **Erstattung** der **Zahlungen**, die der betreffende Reisende für eine Pauschalreise getätigt hat – Erstattung in Form eines Geldbetrags oder in Form einer Ersatzpauschalreise – Verpflichtung zur Erstattung an diesen Reisenden spätestens 14 Tage nach der Beendigung des betreffenden Vertrags – Vorübergehende Abweichung von dieser Verpflichtung

#### [08.06.2023, Rs C-545/21, ANAS](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Strukturfonds der Europäischen Union** – Verordnung (EG) Nr 1083/2006 – Art 2 Nr 7 – Begriff ‚**Unregelmäßigkeit**‘ – Art 98 Abs 1 und 2 – **Finanzielle Berichtigungen** durch die Mitgliedstaaten im Rahmen von festgestellten Unregelmäßigkeiten – Anwendbare Kriterien – Richtlinie 2004/18/EG – Art 45 Abs 2 Unterabs 1 Buchst d – Begriff ‚schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit‘

#### [08.06.2023, Rs C-567/21, BNP Paribas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art. 33 und 36 – Anerkennung einer in einem Mitgliedstaat ergangenen Entscheidung – **Anerkennung** in einem Rechtsstreit vor einem Gericht eines anderen Mitgliedstaats – Wirkungen dieser Entscheidung im **Ursprungsstaat** – Zulässigkeit einer Klage, die im Anerkennungsmitgliedstaat erhoben wird, nachdem die genannte Entscheidung ergangen ist – Nationale Verfahrensvorschriften, die eine Bündelung der Anträge in nur einem Verfahren vorschreiben

#### [08.06.2023, Rs C-570/21, YYY \(Notion de consommateur\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln** in **Verbraucher-Verträgen** – Vertrag mit doppeltem Zweck – Art 2 Buchst b – **Begriff des Verbrauchers** – Kriterien

#### [08.06.2023, Rs C-636/21, Regione Lombardia \(Mesures de soutien du marché liées aux maladies animales\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – **Gemeinsame Marktorganisation** – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – Art 220 – **Marktstützungsmaßnahmen** im Zusammenhang mit Tierseuchen – Durchführungsverordnung (EU) 2019/1323 – Außergewöhnliche Marktstützungsmaßnahmen für den **Eier-** und **Geflügelfleischsektor** in **Italien** – Nationale Regelung – Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe – Zum Zeitpunkt der Antragstellung auf dem betreffenden Markt tätige landwirtschaftliche Unternehmer – Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten

#### [08.06.2023, Rs C-640/21, Zes Zollner Electronic](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – **Zollkodex** der Union – Nach Überlassung der Waren entdeckte Mehrmenge an Waren – Art 173 – **Änderung der Zollanmeldung** – Andere als die in der zu ändernden Anmeldung ursprünglich angemeldeten Waren – Art 174 – Ungültigerklärung einer Zollanmeldung – Art 42 – Von den zuständigen Zollbehörden verhängte Sanktionen – Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446

### 08.06.2023, Rs C-654/21, LM (Demande reconventionnelle en nullité)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsmarke** – Rechtsstreit vor dem nationalen Gericht – **Zuständigkeit** der Unionsmarkengerichte – Verordnung (EU) 2017/1001 – Art 124 – Verletzungsklage – Art 128 – Widerklage auf Erklärung der Nichtigkeit – Gegenstand der Widerklage – Art 129 Abs 3 – Verfahrensvorschriften, die auf gleichartige Verfahren betreffend nationale Marken anwendbar sind – Grundsatz der **Verfahrensautonomie**

### 08.06.2023, verb Rs C-747/21 P u Rs C-748/21 P, Severstal / Kommission

Rechtsmittel – **Dumping** – Durchführungsverordnung (EU) 2016/1328 – Einfuhren bestimmter kaltgewalzter Flachstahlerzeugnisse mit Ursprung in der Volksrepublik China und der Russischen Föderation – Endgültiger Antidumpingzoll – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 18 Abs 1 – **Erforderliche Informationen** – Fehlen – Art 9 Abs 4 – ‚Regel des niedrigeren Zolls‘ – Zielpreis – Gewinnspanne des Wirtschaftszweigs der Europäischen Union – Ermittlung – Wahl des letzten repräsentativen Jahres – Art 2 Abs 9 – Errechnung des Ausführpreises – Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union – Entsprechende Anwendung – Errechnung der Unterbietungsspanne – Begründung

### 08.06.2023, Rs C-49/22, Austrian Airlines (Vol de rapatriement)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 1 Buchst a – Annullierung eines Fluges – Art 8 Abs 1 – **Unterstützungspflicht** – Begriff ‚anderweitige Beförderung‘ – **Ausgleichsleistungen** für Fluggäste bei Annullierung von Flügen – Covid-19-Pandemie – Repatriierungsflug, der von einem Mitgliedstaat im Rahmen der konsularischen Unterstützung organisiert wurde – Vom gleichen ausführenden Luftfahrtunternehmen zur gleichen Uhrzeit wie der annullierte Flug durchgeführter Flug – Dem Fluggast zur Last fallende Kosten, die die reinen Flugkosten übersteigen

### 08.06.2023, Rs C-322/22, Dyrektor Izby Administracji Skarbowej we Wrocławiu

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit** – **Effektivitätsgrundsatz** – Von einem Mitgliedstaat unter Verstoß gegen das Unionsrecht erhobene Steuer – Aufgrund eines Urteils des Gerichtshofs festgestellter Verstoß – Anspruch auf Zahlung von **Zinsen** auf die Überzahlung – Nationale Regelung, die den Anspruch auf Zahlung von Zinsen auf den Zeitraum bis zum 30. Tag nach der Veröffentlichung des Urteils des Gerichtshofs im **Amtsblatt** der Europäischen Union begrenzt

### 08.06.2023, verb Rs C-430/22 u Rs C-468/22, VB (Information du condamné par défaut)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Richtlinie (EU) 2016/343 – Art 8 Abs 4 – Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung – **Verfahren in Abwesenheit** – **Wiederaufnahmeverfahren** – Unterrichtung der in Abwesenheit verurteilten Person über ihr Recht auf Wiederaufnahme des Verfahrens

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### 08.06.2023, Rs C-457/21 P, Kommission/ Amazon.com ua (GA Kokott)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfe** – Gewährung eines vorteilhaften Verrechnungspreises – **Selektiver steuerrechtlicher Vorteil** – Bestimmung des Bezugssystems – **OECD**-Verrechnungspreisleitlinien als Bezugssystem – Bindung des Gerichtshofs an das von der Kommission und dem Gericht gewählte Bezugssystem – Beurteilung des richtigen Verrechnungspreises – Abgrenzung der Würdigung von Tatsachen von der Beurteilung von Rechtsfragen – Reduzierter Prüfungsmaßstab bei der Beurteilung einer möglicherweise falschen Steuerrechtsanwendung durch nationale Finanzbehörden – Steuervorbescheid

### 08.06.2023, C-58/22, Parchetul de pe lângă Curtea de Apel Craiova (GA Emiliou)

Ersuchen um Vorabentscheidung – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Art 50 – Grundsatz **ne bis in idem** – Einstellung des Verfahrens – Entscheidung einer **Staatsanwaltschaft** – Prüfung in der Sache – Eingehende Ermittlungen – Prüfung der Beweise

### 08.06.2023, Rs C-96/22, Companhia de Distribuição Integral Logista Portugal (GA Kokott)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbrauchssteuern** – Richtlinie 2008/118/EG – Art 7 und 9 – Anwendungsbereich – Nationale Regelung, die **Zigarettenmengen**, die die Mengenbeschränkung überschreiten, mit einem **Steuersatz** belegt, der zu einem späteren **Zeitpunkt** als dem der Überführung in den freien Verkehr gilt

[08.06.2023, Rs C-125/22, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Notion d'atteintes graves\) \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Politik** im Bereich **Asyl** und **subsidiärer Schutz** – Richtlinie 2011/95/EU – Voraussetzungen für die Gewährung von **subsidiärem Schutz** – Art 15 – Berücksichtigung der Umstände, die der individuellen Lage und der persönlichen Situation des Antragstellers innewohnen, sowie der allgemeinen Situation im **Herkunftsland** – **Humanitäre Umstände**

[08.06.2023, Rs C-178/22, Comune di Copertino \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verarbeitung personenbezogener Daten** im Bereich der **elektronischen Kommunikation** – Vertraulichkeit der Kommunikation – Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste – Richtlinie 2002/58/EG – Art 1 Abs 3 und Art 15 Abs 1 – **Charta** der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 8, 11 und Art 52 Abs 1 – **Antrag einer Staatsanwaltschaft** auf Zugang zu Daten zur Ermittlung und Verfolgung schweren Diebstahls eines Mobiltelefons – Definition einer ‚schweren Straftat‘, die einen schwerwiegenden Eingriff in Grundrechte rechtfertigen kann – Umfang der vorherigen Kontrolle, mit der gewährleistet werden soll, dass die Voraussetzung der Begehung einer schweren Straftat eingehalten wird – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[08.06.2023, Rs C-231/22, Belgischer Staat \(Données traitées par un journal officiel\) \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 4 Nr 7 und 8 – **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Begriffe ‚Verantwortlicher‘ und ‚Auftragsverarbeiter‘ – Entscheidung über den Zweck und die Mittel der Datenverarbeitung – Benennungspflicht nach nationalem Recht – **Amtsblatt** – Veröffentlichung einer gesellschaftsrechtlichen notariellen Urkunde – Antrag auf Entfernung – **Entscheidungsspielraum** – Unveränderlichkeit – Art 5 Abs 2 – Aufeinanderfolgende Verantwortliche – Gesonderte Pflichten gesonderter Akteure

[08.06.2023, Rs C-376/22, Google Ireland ua \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte betreffend **Satellitenrundfunk** und **Kabelweiterverbreitung** – Richtlinie 93/83/EWG – Art 1 Abs 2 – **Öffentliche Wiedergabe** über **Satellit** – Begriff – Satellitenbouquet-Anbieter – Verbreitung von Programmen in einem anderen Mitgliedstaat – Ort der Verwertungshandlung, durch die der Anbieter an einer solchen Wiedergabe mitwirkt

## C. GERICHT

[07.06.2023, Rs T-519/22, Société des produits Nestlé/ EUIPO - European Food \(FITNESS\)](#)

Unionsmarke – Verfahren zum **Widerruf** von Entscheidungen oder zur **Löschung von Eintragungen** – Widerruf einer Entscheidung, die mit einem **offensichtlichen Fehler** behaftet ist, der dem **EUIPO zuzurechnen** ist – Art 103 Abs 1 der Verordnung (EU) 2017/1001 – Kein offensichtlicher Fehler

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

01.06.2023, Beschwerde Nr [43467/06](#), *Ay Khan Akhundov/Aserbaidschan*

**Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf faires Verfahren); Entscheidungen inländischer Gerichte über die Ungültigkeit eines Vertrags über den **Tausch von Immobilien** zwischen dem BF und einer privaten Partei, die zur Ungültigerklärung der Rechte des Antragstellers an der Immobilie führen; **willkürliche Zulassung** der Klage auf Ungültigerklärung des Vertrags; Fehlen einer angemessenen Begründung; stereotypische Entscheidungen der oberen Instanz

01.06.2023, Beschwerde Nr [19750/13](#), *Grosam/Tschechische Republik GK*

**Vorläufiger Einspruch** nach **Art 35 EMRK** **zulässig**; Viermonatsfrist unzulässig und offensichtlich unbegründet; spätere Hinzufügung einer neuen Beschwerde durch den BF nach der ersten Mitteilung des Falls an die beklagte Regierung, nicht innerhalb der Sechsmonatsfrist; **Individualbeschwerde** nach **Art 34 EMRK**; Neuformulierung der Beschwerde des BF durch die Kammer, die den Umfang der Rechtssache über den ursprünglich in der Klageschrift angegebenen Umfang hinaus erweitert

01.06.2023, Beschwerde Nr [24827/14](#), Fu Quan, S.R.O/ *Tschechische Republik GK*

**Vorläufiger Einspruch** nach **Art 35 EMRK** zulässig; Viermonatsfrist unzulässig und offensichtlich unbegründet; **zu Art 6 EMRK** (Recht auf faires Verfahren): Versäumnis der inländischen Gerichte, die Begründetheit eines Anspruchs zu prüfen, indem sie den Sachverhalt unter die einschlägige Rechtsvorschrift nach dem Grundsatz *jura novit curia* subsumieren, ohne dass der BF entsprechende Argumente vorgebracht hat; Versäumnis des Unternehmens, vor den inländischen Gerichten die mangelnde Sorgfalt der Behörden in Bezug auf das beschlagnahmte Eigentum und die **unangemessene Verzögerung** bei der **Aufhebung der Beschlagnahme** zu beanstanden; Artikel ist nicht auf die Entschädigungsforderung des Unternehmens anwendbar, für die es **keine ausreichende Grundlage** im innerstaatlichen Recht gibt und die auf der ungerechtfertigten Verfolgung und Inhaftierung des Geschäftsführers und des Gesellschafters beruht

01.06.2023, Beschwerde Nr [75135/14](#), *Maymulakhin und Markiv/Ukraine*

**Verletzung** von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); **Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Fehlen jeglicher Form der rechtlichen Anerkennung und des Schutzes eines gleichgeschlechtlichen Paares; ungerechtfertigte Ungleichbehandlung eines **gleichgeschlechtlichen Paares** gegenüber andersgeschlechtlichen Paaren aufgrund der sexuellen Ausrichtung

06.06.2023, Beschwerde Nr [36418/20](#), *Navalnyy/Russland (Nr 3)*

**Verletzung** von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); Weigerung der inländischen Behörden, in einem Strafverfahren plausible Behauptungen über eine **Vergiftung** des BF mit einem durch das Chemiewaffenübereinkommen verbotenen chemischen Nervenkampfstoff zu untersuchen; **unzureichende Voruntersuchung**, die nicht öffentlich war und dem Recht des Opfers auf Teilnahme am Verfahren nicht Rechnung trug; Versäumnis, ein mögliches politisches Motiv für den Mordversuch, die Beteiligung oder das heimliche Zusammenwirken staatlicher Bediensteter und den angeblichen Einsatz einer verbotenen Substanz zu untersuchen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.